



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L. A.: Die neueste politische Situation

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Honigtropfens gewachsen ist, versucht sie mit dem geringen Material ihrer Kenntniß sich den genialen Gedanken Erwins von Steinbach zu entwickeln. Die Thörin!

Die neueste politische Situation.

U. L.

Schon in der nächsten Woche werden sich in Paris die Vertreter von vier Großmächten und selbst die zweier Staaten zweiten oder dritten Ranges versammeln. Preußen wird an den bevorstehenden Friedensconferenzen nicht Theil nehmen.

Diese Thatsache wird für die nächste Zukunft Preußens und damit auch Deutschlands so folgenreich sein, daß es nothwendig wird, ihre Bedeutung scharf ins Auge zu fassen.

Preußen hat einen mehrfach begründeten Anspruch darauf, an Berathungen Theil zu nehmen, durch welche die gegenwärtige Phase der orientalischen Frage erledigt werden soll. Es hat diesen Anspruch zunächst schon als Großmacht und Mitunterzeichner des achner Congressprotokolls, wodurch sich die fünf Großmächte verpflichteten, künftig stets den Versuch zu machen, obschwebende Fragen von allgemeinem Interesse durch gemeinschaftliche Berathung zu erledigen.

Der Anspruch Preußens ist aber noch specieller begründet. Durch das von Oestreich, England, Frankreich und Preußen gezeichnete wiener Protokoll vom 9. April 1854 verpflichteten sich diese vier Mächte mit „Rußland keine irgend feste Ausgleichung zu treffen, ehe sie vorher gemeinschaftlich darüber berathen haben würden.“

Endlich enthalten die jetzt zu zeichnenden Friedenspräliminarien Bestimmungen, wodurch feierlich Verträge abgeändert werden, welche von Preußen mit Mächten, welche die Präliminarien unterzeichnen werden, abgeschlossen sind. Es ist vor allem der Vertrag vom 13. Juli 1844, welcher durch die Präliminarien modificirt wird. Derselbe ist abgeschlossen auf der einen Seite von den fünf Großmächten, auf der andern von der Türkei und bestimmt, daß keine europäische Macht Kriegsschiffe durch die Dardanellen gehen lassen darf, mit Ausnahme von Schiffen, welche von den in Konstantinopel accreditirten Gesandtschaften für diplomatische Zwecke gebraucht werden. Die Präliminarien erlaubten aber jeder der zeichnenden Mächte einige leichte Kriegsschiffe an den Donaumündungen zu postiren, modificiren also einen Vertrag, auf dessen unbedingte Aufrechthaltung Preußen ein Recht hat.

Die Verletzung Preußens wird um so viel auffallender, als dasselbe seinen

Wunsch zu erkennen gegeben hat, an den bevorstehenden Friedensconferenzen Theil zu nehmen. Es hat sich ausdrücklich erboten, wenn es dazu eingeladen werde, die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen und zu versprechen, dieselben aufrecht zu erhalten. Es ist dennoch nicht eingeladen worden, man hat die Unterstützung, welche das preussische Anerbieten in Aussicht stellte, stillschweigend von der Hand gewiesen. Möglich, daß man Preußen später erlaubt, dem Friedensvertrage beizutreten, d. h. zu versprechen, den Neuerungen des europäischen Völkerrechts, die er enthalten wird, nicht entgegenzuhandeln. Man hält trotz der Verträge es nicht für nöthig, Preußen zu gestatten, vorher seine Meinung über diese Neuerungen auszusprechen. Man stößt Preußen aus dem Rath der Großmächte aus und man verletzt zugleich vertragsmäßige Rechte, welche man ohne Noth doch nicht einmal bei einer Macht letzten Ranges verletzen würde. Oestreich ist weder kriegsführende Partei, noch Vermittler zwischen den Parteien, es nimmt an den Conferenzen nur in seiner Stellung als Großmacht und als Mitunterzeichner der die orientalische Frage betreffenden Verträge Theil, einer Stellung, welche in gleicher Weise auf Preußen Anwendung findet.

Was zur Erklärung dieses Verfahrens von den Westmächten und zum Theil auch von Oestreich angeführt wird, ist das Folgende: Preußen habe seit dem Frühjahr 1854 eine Stellung eingenommen, welche mit den Verpflichtungen, die es vorher durch die wiener Protokolle übernommen habe, in Widerspruch stehe und habe dadurch seine früheren Verbündeten ihren Verpflichtungen gegen Preußen entbunden. Sein unausgesetztes Bestreben sei gewesen, Oestreich von einer Action gegen Rußland abzubringen und wenn dies nicht möglich gewesen, dem östreichischen Hofe die Unterstützung des deutschen Bundes zu entziehen. Statt den wiener Protokollen gemäß darauf zu halten, daß Rußland die Forderungen Europas erfülle, habe Preußen stets diejenigen Ausgleichungen des Streits empfohlen, welche von Rußland vorgeschlagen seien und Rußland als Sieger constituirt haben würden. Allerdings habe Preußen auch die fünf Punkte in St. Petersburg befürwortet, möglicherweise die Annahme derselben bewirkt,*) aber noch am 17. Septbr. habe es den Westmächten empfohlen, nun nach dem Fall von Sebastopol nicht mehr von Rußland zu fordern, als Rußland auf den wiener Conferenzen zugestanden hatte. Es sei Preußen also nur um den Frieden überhaupt, oder einen Rußland günstigen Frieden, nicht um die fünf Punkte zu thun, und da dieselben noch

*) Der preussische Gesandte begab sich am 16. Januar im speciellen Auftrage des Königs zur Kaiserin Mutter, um zu erklären, daß Preußen nichts für Rußland thun könne und daß die Coalition durch Verweigerung der fünf Punkte mehr Stärke gewinnen werde. Die Kaiserin Mutter hat den Kaiser und die Kaiserin so wie den Großfürst Konstantin zu sich. Die Thränen der Kaiserin Mutter entschieden den Kaiser, Graf Nesselrode wurde gerufen und sofort die Annahme der fünf Punkte nach Wien telegraphirt. So wird glaubhaft erzählt.

der Interpretation fähig seien, so habe sein Versprechen die fünf Punkte aufrecht zu erhalten keinen Werth. Die Empfehlung dieser fünf Punkte sei nicht im Interesse Europas, sondern im Interesse Rußlands grade in einem Augenblick geschehen, wo der Krieg gegen Rußland Erfolge versprochen habe. Lasse man Preußen an den Conferenzen Theil nehmen, so werde es stets nur den russischen Auffassungen zustimmen und dadurch den Gang der Conferenzen verzögern, dieselben vielleicht scheitern machen. Es stehe selbst zu befürchten, daß, sollten die Conferenzen fruchtlos enden, es Rußland gelungen sein werde, Preußen auch formell ganz auf seine Seite hinüberzuziehen. Wenn Preußen jeder einzelnen einseitig russischen Auslegung werde zugestimmt haben, so werde es sich schließlich dadurch als Alliirten Rußlands hingestellt haben. Es sei im Interesse Preußens selbst, es davor zu bewahren.

Diese Argumentation ist fast noch kränkender als die Ausschließung selbst. Sie geht darauf hinaus, daß man Preußen nicht als Großmacht behandeln könne, weil es nicht als Großmacht gehandelt habe und daß man Preußen von den Conferenzen ausschließen müsse, weil das preußische Ministerium des Auswärtigen so ungeschickt sein werde, die Interessen Preußens auf denselben nur zu verderben. Das Letztere ist ein Argument, an dessen Aufrichtigkeit man wenigstens bei Oestreich und Frankreich zweifeln darf, welches übrigens auch, so weit wir wissen, nur von England vorgebracht worden ist.

So beklagenswerth die Stellung ist, welche Preußen demnach einnimmt, so befürchten wir, daß die Mittel, welche Preußen in neuester Zeit angewandt hat, um sie zu verändern, nicht zum Ziele führen, ja vielmehr die Lage verschlimmern werden.

Wollte Preußen als Einzelmacht den Eintritt in den Conferenzsaal erreichen, so war allerdings vor allem nothwendig, daß es sich bei seinen früheren Verbündeten wieder Vertrauen erwerbe, und da man nicht bloßen Worten, sondern nur Personen Vertrauen schenkt, daß Personenänderungen eintraten. Begreiflicherweise wollte man in Berlin von solchen Aenderungen nichts wissen.

Preußen hat es daher versucht, als Bundesmacht Zutritt zu den Friedensconferenzen zu erlangen. Es ist von Interesse, den Gang der Verhandlungen in dieser Hinsicht zu verfolgen.

Unterm 25. Januar theilte Oestreich, ohne vorher eine Vereinigung mit Preußen versucht zu haben, nach Berlin die Vorlage, welche es an den Bundesstag bringen wollte, mit. Dieselbe trägt darauf an, daß der Bund erkläre, im Verein mit Oestreich die fünf Punkte aufrecht erhalten zu wollen.

Es versteht sich von selbst, daß Preußen Bedenken trägt, nur noch durch die Vermittlung Oestreichs mit dem übrigen Europa in Verbindung zu treten. Für Baiern und Sachsen ist diese Stellung ganz in der Ordnung, einer Großmacht ist sie unwürdig.

Der Unzufriedenheit mit dieser Lage kam Sachsen entgegen und veranlaßte Preußen, sich mit ihm über den Entwurf eines Bundesbeschlusses zu vereinigen, der nach Abstreifung des diplomatischen Beiwerks allerdings die Aufrechterhaltung der fünf Punkte, aber nur unter einer Bedingung zusagt, der Bedingung, daß der Bund als Gesamtmacht zu den Friedensconferenzen zugelassen werde.

Wenn Preußen nicht als europäische Großmacht zugelassen wird, darf man darauf rechnen, daß es als Vertreter einer Macht zugelassen werden sollte, die, wenn man ihr überhaupt den Charakter einer nicht bloß fingirten Einheit zugestehen will, doch nur eine Macht zweiten Ranges ist? Dazu kommt noch, daß unzweifelhaft die Mittelstaaten viel lieber durch einen eignen Gesandten aus ihrer Mitte als durch einen preußischen und etwa österreichischen vertreten sein wollen. Und endlich, während Preußen als Großmacht mit volstem Recht Theilnahme an den Conferenzen fordern kann, kann auch der Bund als solcher diese Theilnahme fordern? Diese Frage ist mit voller Entschiedenheit zu verneinen. Der Bund, ganz abgesehen von seiner nur fingirten Einheit, hat nicht besseren Anspruch, als Belgien, Holland, Parma, Neapel an der Regulirung der orientalischen Frage Theil zu nehmen und was würde man davon sagen, wenn es einem dieser Staaten einfiel, zu fordern, an den pariser Friedensconferenzen Theil zu nehmen? Allerdings nimmt Sardinien daran Theil, aber Sardinien ist kriegführende Macht.

Und sollte es politische Gründe geben, welche die Verbündeten bestimmen könnten, den Wunsch des Bundes zu erfüllen? Etwa das vieldeutige Versprechen, die Präliminarien aufrecht zu erhalten, geleistet von Staaten, deren Mehrzahl notorisch jedem Kriege gegen Rußland abgeneigt ist?

Kurz, der von Preußen eingeschlagene Weg kann nicht zum Ziele führen, er kann bei den Westmächten nur den Glauben erwecken, daß Preußen Oestreich d. h. ihnen selbst die Unterstützung des Bundes entziehen, und Rußland einen neuen Dienst leisten will.

Oestreich hat noch in den ersten Tagen dieses Monats Preußen Vorschläge zur Ausgleichung gemacht. Oestreich erklärte sich bereit, auf die Aneignung der Präliminarien Seitens des Bundes zu verzichten, der Bund möge dann nur das Vertrauen aussprechen, daß Oestreich und Preußen seine Interessen bei den Conferenzen wahrnehmen würden.

Preußen hat, da es sich nicht mit einer Phrase begnügen will, diese Vorschläge abgelehnt, und bei vollkommener Uneinigkeit kann die Bundesversammlung fürs erste zu keinem Beschluß kommen.

Wie dieser Beschluß aber auch ausfallen wird, er wird Preußen die Thüren des pariser Conferenzaales nicht öffnen und wird zu den vielen vergeblichen Unternehmungen nur eine neue fügen.

Nachdem man in Berlin gesehen, daß Preußen als Großmacht zu den

Conferenzen nicht werde eingeladen werden, dürfte es den Zutritt in einer andern Eigenschaft nicht einmal wünschen. Es blieb ihm nichts übrig, als gegen die Ausstreichung des preussischen Namens aus der Liste der Großmächte zu protestiren und demgemäß eine Stellung einzunehmen, welche Europa die Ueberzeugung gab, daß ohne Preußens Theilnahme keine dauernde Erledigung der orientalischen Frage zu Stande kommen werde.

Wer den Gang der preussischen Politik seit dem Frühjahr 1854 aufmerksam verfolgt hat, kann sich nicht wundern, daß jetzt das Resultat hervortritt, daß man Preußen nicht mehr den vier europäischen Großmächten, sondern den vier deutschen königlichen Mittelstaaten zuzählt, aber jeder, welcher Preußens Bedeutung für Deutschland zu würdigen weiß, wird es beklagen, daß mit Preußen jetzt Deutschland einer gänzlichen Einflußlosigkeit entgegengeht.

Correspondenzen.

Aus Frankfurt, im Februar. In dem neuesten (dem siebenten) Heft des „Archivs für Frankfurts Geschichte und Kunst“ erzählt der berühmte und um seine Vaterstadt sehr verdiente Reisende Dr. Ed. Rüppell in einem Aufsatz: „Schaumünzen zum Angedenken von Bewohnern Frankfurts oder in dieser Stadt gebornen Personen“ u. a.: „Merkwürdigerweise sei auf keiner einzigen der acht zur Erinnerung an Goethe, diesen berühmtesten aller Frankfurter, in Frankfurt geprägten Schaumünzen angegeben, daß Frankfurt das Recht habe, als Goethes Geburtsort genannt zu werden. Als Goethe im Jahre 1813 aus sehr triftigen Beweggründen den ihm durch die Geburt gehörenden Platz im frankfurter Bürgerverband aufgegeben, was bei sehr vielen Bewohnern der Stadt böses Blut gegen ihn erregt habe, so sei dies während einer Reihe von Jahren eine Hauptveranlassung gewesen, daß mancher seiner ehemaligen Mitbürger ihn sehr einseitig beurtheilt, und es habe einer ziemlich langen Zeit bedurft, bis eine monumentale Huldigung, welche herkömmlicherweise die Geburtsstadt großer Männer diesen nach ihrem Ableben widme, verwirklicht worden.“ Rüppell erzählt dann, aus welchen „sehr triftigen materiellen Rücksichten“ Goethe auf den Rath seines Veters, des verstorbenen Rathes Johann Friedrich Schloffer aus dem frankfurter Bürgerbunde ausgetreten und daß dies „keineswegs aus Verachtung gegen die Stadt seiner Geburt“ geschehen sei. „Ein tief wurzelndes Gefühl von Mißliebigkeit gegen den die Ehre, frankfurter Bürger zu sein, angeblich so gering schätzenden Dichter sei seitdem bei einer großen Zahl seiner Landsleute zurückgeblieben, welchen der wahre Sachverhalt unbekannt geblieben. Als daher einige Jahre später mehre Frankfurter sich zu einem Comité vereinigt, um durch ein zu errichtendes öffentliches Denkmal kund zu thun, die Vaterstadt rechne es sich zur Ehre, daß innerhalb ihrer Mauern der größte lebende Schriftsteller das Licht der Welt erblickt habe, seien die dafür unterzeichneten Beiträge äußerst lärglich ausgefallen, so daß man beschloffen, einen Aufruf zu Geldspenden nicht allein an alle Deutsche, sondern an das ganze gebildete Europa zu erlassen. Massenweise seien Subscriptionlisten ausgetheilt, die man sogar in Wein-